

Auszug aus dem Mitgliederrundschreiben vom 1. Juli 2010

.....

1. Freie Wähler Bundesparteien

Am 20. Februar 2010 gründete sich in Berlin die Freie Wähler Bundespartei. Der Begriff Partei wird im Namen nicht verwendet. Die Partei verwendet den Begriff Vereinigung.

Deren Vorsitzender ist Herr Hubert Aiwanger aus Bayern. Herr Aiwanger ist auch Vorsitzender der des Landesverbandes der Freien Wähler in Bayern und Fraktionsvorsitzender im bayrischen Landtag.

Herr Aiwanger wurde inzwischen auch vom Bundesverband der Freien Wähler zu dessen Bundesvorsitzenden gewählt.

In der Satzung des Bundesverbandes ist festgelegt, dass die Landesverbände entscheiden ob sie bei Wahlen oberhalb der Kommunalebene antreten wollen oder nicht.

Obwohl der Landesverband Baden-Württemberg entschieden hat, nicht an der Europa- und Bundestagswahl 2009 teilzunehmen, hat sich der Bundesverband über diese Entscheidung hinweggesetzt und die Kandidatur auch in Baden-Württemberg ermöglicht. Gleiches ist nun für die Landtagswahl 2011 vorgesehen.

Im letzten Jahr hat sich eine andere Freie Wähler Partei gegründet.

Diese Partei führt den Namen: Freie Wähler Gemeinschaft Unabhängige Gruppe Deutschland Partei Union Vereinigung, kurz FWG - Die Freie.

2. Landesvereinigung Baden-Württemberg der Bundespartei Freie Wähler (Vereinigung)

Kurz vor der Hauptversammlung war bekannt geworden, dass auf Einladung von Herrn Aiwanger und der Geschäftsführerin der Bundespartei, Frau Cordula Breitenfellner, in Baden-Württemberg eine Landesvereinigung der Bundespartei gegründet werden soll.

Die Mitgliederversammlung des Landesverbandes hat am 17. April 2010 mit 240 Stimmen bei 6 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen folgendes beschlossen:

"Der Landesverband lehnt die Gründung einer Bundespartei mit dem Namen Freie Wähler und die Gründung einer Landesvereinigung dieser Partei in Baden-Württemberg ab. Er unterstützt Aktivitäten in dieser Richtung nicht und distanziert sich davon."

.....

Das Präsidium des Landesverbandes hat beschlossen, im Falle der Gründung einer Landesvereinigung der Partei mit einer Namensschutzklage gegen diese Gründung vor zu gehen. **Die Namensschutzklage wurde inzwischen eingereicht.**

Die Gründer der Landesvereinigung behaupten, Ihre Aktivität sei nicht gegen den Landesverband und die Freien Wähler gerichtet. Sie behaupten, die Orts- und Kreisverbände könnten sich ja weiter um die kommunale Ebene kümmern. Die Landesvereinigung kümmere sich um die Wahlen auf Landes-, Bundes- und Europaebene.

Doppelstrategie

Diese Doppelstrategie sollten wir nicht mitmachen.

Die Bürgerinnen und Bürger haben die Freien Wähler in Baden-Württemberg so stark gemacht, weil sie gute Kandidatinnen und Kandidaten angeboten haben und weil die Freien Wähler keine Partei sind. Die Freien Wähler werden als Alternative zu den Parteien gesehen und verstanden.

Wenn wir Partei werden oder uns nicht davon distanzieren, werden wir diesen Sonderstatus in der politischen Landschaft verlieren. Wir werden außerdem viele Kandidaten, Mitglieder und Wähler verlieren. Mit der Parteiwerdung wird die Axt an unsere Wurzeln gelegt.

Der Wähler wird bei einer Doppelstrategie nicht mehr unterscheiden können wer welche Freien Wähler sind. Er wird uns mit den Parteien in einen Topf werfen.

Mit dem politischen Abenteuer, das einige aus unseren Reihen nun beginnen, werden wir unsere Glaubwürdigkeit verlieren.

Übrigens: Mit Ausnahme von Bayern haben die Freien Wähler in allen anderen Bundesländern, in denen sie zur Landtagswahl angetreten sind, den Einzug in den Landtag nicht geschafft und sich teilweise zerstritten.

Die Doppelstrategie wird auch zu weiteren Problemen führen. Die Arbeit einer Partei ist ohne Basis nicht möglich. Innerhalb der Partei werden Entscheidungen notwendig, die nur von den Parteimitgliedern getroffen werden können. Es wird in den Ortsvereinen und Kreisverbänden dann Mitglieder mit Parteistatus geben und ohne. Erfolgt die Vertretung der Ortsvereins "Musterstadt" oder des Kreisverbandes "Musterkreis" nach außen, durch den "kommunalen" Freien Wähler oder durch den "Partei" - Freien Wähler ? Welches Gremium entscheidet über Sachfragen ? Wer regelt Meinungsverschiedenheiten ?

Die offenen Fragen ließen sich fortsetzen. Sie sollen deutlich machen, dass die Doppelstrategie im Streit unter den Freien Wählern enden wird.

Unseren politischen Gegnern wird das recht sein. Dem Wähler nicht !

Parteibefürworter sagen, über die Teilnahme an übergeordneten Wahlen ließe sich die Finanzsituation der Freien Wähler ändern. Beim Erreichen bestimmter Anteile an Wählerstimmen erhalten die Parteien (und auch Einzelkandidaten) staatliche Mittel nach dem Parteiengesetz. Die Regelungen sind für die Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen

verschieden. Die Zuschüsse sind im absoluten Betrag begrenzt und werden nur in dem Umfang gewährt, wie die Parteien Eigenmittel (Mitgliedsbeiträge und Spenden) eingesetzt haben.

Wir denken, dass aus diesen Gründen nicht unser Grundverständnis geopfert werden darf.

Die Parteibefürworter führen ins Feld, die Satzung des Landesverbandes sehe eine Parteigründung vor. Der Vereinszweck des Landesverbandes ist nach der Satzung: "Der Landesverband der Freien-Wähler Baden-Württemberg ist als Interessenvertretung der Freien Wähler deren Dachorganisation. Zu den Zielen des Landesverbandes gehört die Beteiligung an der politischen Willensbildung der Bürgerinnen und Bürger auf allen Ebenen und Wahrung der Eigenständigkeit der örtlichen Gliederungen der Freien Wähler." Die politische Willensbildung des Volkes erfolgt nach Artikel 28 des Grundgesetzes unter Mitwirkung der Parteien. Diese haben aber keinen Ausschließlichkeitsanspruch. Auch andere gesellschaftliche Gruppierungen haben das Recht an der politischen Willensbildung des Volkes teil zu nehmen, wie von vielen Verbänden, Gewerkschaften, Interessengruppen und Initiativen bewiesen wird. Diese andere Art der politischen Willensbildung ist in der Satzung gemeint. Die Einflussnahme auf allen Ebenen ist in der Satzung vorgesehen, sonst könnte der Landesverband keine Gespräche auf Bundes- oder Landesebene führen um die Interessen der Freien Wähler zu vertreten.

Gehen wir den Weg zur Parteiwerdung mit, wird sich auch der Politikstil der Freien Wähler ändern.

Unterschiedliche Politikstile

Parteien sind von unten nach oben organisiert. Von den Mitgliedern wird Gefolgschaft erwartet und verlangt. Die Programme werden in Parteitagen beschlossen. In der Praxis erfolgt aber die Meinungsbildung oben in der Spitze. Das ist eine Folge des Politikbetriebs und der Medienlandschaft, die oft keine Zeit zulassen zu einer breiten Meinungsbildung. Von der Basis wird erwartet, diese Meinungen dann mit zu vertreten. Abweichungen werden sanktioniert bis hin zu Parteiausschlussverfahren.

Parteien streben politische Macht an. Dadurch entsteht ein Druck zur Geschlossenheit im Meinungsbild und im Handeln. Parteien bieten politische und andere Karrieren an. Dadurch entstehen Seilschaften und Bevorzugung jenseits der Qualifikation. Um an Posten und Mandate zu kommen entsteht ein interner Wettbewerb, oft auch mit unfairen Mitteln.

Die Freien Wähler sind von der Basis her organisiert. Sie entscheiden im lokalen Bereich frei und unabhängig und oft unterschiedlich. Ein Druck zur geschlossenen Meinung besteht nicht. Karriereleitern können nicht erklommen werden. Alle damit zusammen hängende Missstände entstehen so nicht. Für eine Wahl als Gemeinderat, Kreisrat oder Bürgermeister ist eine Mitgliedschaft bei einer Freie Wähler - Organisation nicht erforderlich.

Die Organisationsform kann frei gewählt werden. Die Bildung von Ortsvereinen oder Kreisverbänden und die Mitgliedschaft im Landesverband sind freiwillig.

Dieser schwache Grad der Organisation ist für ein geschlossenes Handeln auf der oberen Ebene ein Nachteil. Für Menschen die politische Mitwirkung ohne Sach- und Personalzwänge wollen, ein Vorteil.

Rolle des Landesverbandes

Der Landesverband hat sich nie als Parteizentrale verstanden sondern als freiwilliger Dachverband der Freien Wähler in Baden-Württemberg. Der Vorstand will auch nicht politischer Oberlehrer der Freien Wähler sein. Deshalb hält er sich bei der Artikulation von Sachthemen für die Freien Wähler zurück.

Der Landesverband versteht sich als Interessensvertreter der Freien Wähler im Land, wenn es um deren ureigensten Interessen geht.

So hat der Landesverband den gleichberechtigten Zugang zu den Medien ebenso erkämpft wie die Gleichstellung der steuerlichen Anerkennung von Spenden und Mitgliedsbeiträgen. Er hat die Abschaffung des Panaschierens bei der Kommunalwahl abgewehrt, die die Einführung der Listenwahl bedeutet hätte. Er wacht über die Erhaltung des stark ausgeprägten Persönlichkeitswahlrechts in Baden-Württemberg. Leider ist eine Förderung für die kommunalpolitische Arbeit analog zu der Parteienfinanzierung noch nicht gelungen.

Der Landesverband hat in der Vergangenheit bei unstrittigen Anliegen der Freien Wähler diese Interessen in die Landespolitik eingespeist. Regelmäßige Gespräche mit dem Ministerpräsidenten und unregelmäßige Gespräche mit Landtagsfraktionsvorsitzenden waren die Plattform dafür. Einige Beispiele der letzten Zeit seien genannt:

Rücknahme der Änderung der Kreistagswahlrechts (Doppelkandidaturen), Entschärfung des neuen Haushaltsrechts für die Gemeinden, Verbesserung der Mitfinanzierung von Kinderbetreuungsangeboten, Verbesserung der Situation an den Hauptschulen, Kostenübernahme der Schulsozialarbeit durch das Land, Reduzierung der Vorschriften für den kommunalen Bereich.

Wie wir die politische Arbeit des Landesverbandes weiter aktivieren können sollen Gremien des Landesverbandes in der nächsten Zeit diskutieren.

Ein anderes wichtiges Aufgabenfeld des Landesverbandes ist die vielseitige Dienstleistung für seine Mitglieder und die Bildung eines Netzwerkes. Das sei nur der Vollständigkeit halber erwähnt.

Einfluss auf die Gesetzgebung

Die Gründer der Freie Wähler - Parteien wollen in die Landesparlamente, weil dort die Rahmenbedingungen für die Kommunalpolitik geschaffen würden. Diese werden aber auch im Bund und vermehrt in der EU geschaffen. Um auf allen staatlichen Ebenen mitbestimmen zu können, ist eine bundesweite Partei nötig. Es geht also nicht nur um Landespolitik.

Die Parteigründer behaupten, die politische Willensbildung sei wirksam nur über den Einzug in die Parlamente möglich. Ob das auf den Oppositionsbänken möglich ist darf bezweifelt werden.

Die politische Willensbildung des Volkes ist nach dem Grundgesetz aber nicht nur den Parteien vorbehalten. Deshalb nehmen Gewerkschaften, Kirchen, Sozialverbände, Unternehmensorganisationen und Berufsverbände mit gutem Recht Einfluss auf die Politik. Nicht die Parteien sollten unser Vorbild für die künftige Arbeit sein, sondern dieser andere Politikweg, der vielfach bei anderen Interessensorganisationen zu Erfolgen führt. Voraussetzung ist dafür eine gute Organisation und viele Mitglieder.

Die Freien Wähler in Baden -Württemberg haben den bestehenden Landesverband seither nur zurückhaltend unterstützt. In dieser Haltung müsste sich etwas ändern.

3. Öffentlichkeitsarbeit über die Freien Wähler

Sollten Sie sich der Meinung des Landesverbandes und der Delegierten der letzten Mitgliederversammlung anschließen, so empfehlen wir Ihnen, das eindeutig zu artikulieren und in einer **Presseerklärung** deutlich zu machen.

Wir sind gezwungen, den Wählerinnen und Wählern zu erklären was bei den Freien Wähler zu Zeit statt findet und für welchen Weg wir stehen. Nur wenn wir klar Position beziehen, können wir darauf hoffen, dass die Bürgerinnen und Bürger noch verstehen was da bei den Freien Wähler passiert und wen sie künftig unterstützen und wen nicht.

Das Freie Wähler - Original ist parteilos und kommunal !

Mit diesem Slogan sollten wir uns von dem Weg zur Partei abgrenzen.

Die Freien Wähler arbeiten **seit über 50 Jahren erfolgreich** für unseren Staat und unsere Demokratie. Sie tun das auf eine andere Art wie die Parteien.

Die Bürgerinnen und Bürger honorierten das bei allen Kommunalwahlen.

Deshalb haben die Freien Wähler die meisten Gemeinderatssitze im Land. In den Kreistagen sind sie zweite Kraft. In der Regionalversammlung Stuttgart belegen sie den dritten Platz nur knapp hinter der SPD.

Darauf können wir stolz sein.

Das sollten wir uns nicht kleinreden lassen.

Und: Das sollten wir nicht für ein politisches Abenteuer aufgeben !

4. Landtagswahl 2011

Der Landesverband der Freien Wähler hat bei seiner Mitgliederversammlung am 17. April 2010 mit 246 der 248 anwesenden Delegierten beschlossen, bei der Landtagswahl 2011 nicht zu kandidieren.

Nach Presseberichten will die Landesvereinigung der Partei bei den Landtagswahlen 2011 entgegen dieses politischen Beschlusses des Landesverbandes, unter dem Namen Freie Wähler antreten. Damit wird gegen die Satzung des Bundesverbandes und den eindeutigen Beschluss des Landesverbandes verstoßen.

Die Landesvereinigung ist derzeit eine kleine Gruppe die den guten Namen der Freien Wähler benutzt. Das wurde auch den Betreibern der Gründung der Landesvereinigung vorgehalten. Viele Mitglieder des Landesverbandes kritisierten dieses Vorgehen als Namensmissbrauch oder Namensklau. Den Befürwortern der Teilnahme an Wahlen auf Landes- und Bundesebene wurde geraten, eine Partei mit einem anderen Namen zu gründen.

.....

Mit freundlichen Grüßen

Heinz Kälberer

Landesvorsitzender

und

Georg Hiller

Landesgeschäftsführer